

E-199-BR/2005

Entscheidung des Bundesrates vom 21. Dezember 2005 betreffend demokratiepolitisch bedenkliche Bestimmungen im ORF-Gesetz

angenommen anlässlich der Beratungen über den Beschluss des Nationalrates vom 6. Dezember 2005 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den Österreichischen Rundfunk (ORF-Gesetz, ORF-G), geändert wird

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

1. § 6 Z 1 des ORF-Gesetzes dahingehend zu ändern, dass eine rechtswidrige Regierungspropaganda in Zukunft unmöglich gemacht wird.
2. Das ungerechtfertigte Werbeverbot für Medien nach § 13 Abs. 8 ersatzlos zu streichen.